

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 19. Juni 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 11. April 2018 betreffend "Keine Aufhebung des generellen Rauchverbots in der Gastronomie!" vorgelegt wird.
2. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 21. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 14. Juni 2018 betreffend "Echte Inflationen- und Werteanpassung des Pflegegeldes an die gestiegenen Lebenserhaltungskosten" vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 21. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 14. Juni 2018 betreffend "Flexibilisierung der Arbeitszeit" vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 20. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 14. Juni 2018 betreffend "Ökostromgesetz und Energiegesetz neu" vorgelegt wird.
5. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 15. Juni 2018 betreffend "Umsetzung der UN-Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung" vorgelegt wird.
6. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 15. Juni 2018 betreffend "Klima- und Energiestrategie der Österreichischen Bundesregierung: Weichenstellung für eine gemeinsame Klima- und Energiepolitik in Österreich unter entsprechender Einbindung der Länder" vorgelegt wird.
7. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 15. Juni 2018 betreffend "Standort Atommülllager in Tschechien" vorgelegt wird.
8. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 15. Juni 2018 betreffend "Gefahren der Kernenergie; Ausbaustopp der Kernenergie in Österreichs Nachbarstaaten" vorgelegt wird.
9. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 15. Juni 2018, mit dem die Anträge Nr. 12 - "Hände weg von der Arbeitslosenversicherung", Nr. 37 - "Kein Zugriff auf Eigentum von Arbeitssuchenden" und Nr. 43 - "Für den Erhalt und die Verbesserung der Notstandshilfe - Keine Aussteuerung von Menschen - Kein Hartz IV in Österreich" vorgelegt werden.
10. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 15. Juni 2018, mit dem die Anträge Nr. 4 - "Keine Reform der Versicherungsträger auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!", Nr. 27 - "Ja zur Reform

der AUVA, aber nicht zu Lasten der Versicherten", Nr. 35 - "Hände weg von der AUVA" und Nr. 40 - "Für den Erhalt und Ausbau der dienstgeberfinanzierten Unfallversicherung mit ihren Aufgaben, Einrichtungen und MitarbeiterInnen" vorgelegt werden.

11. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 15. Juni 2018, mit dem der Antrag Nr. 18 - "Hospiz- und Palliativversorgung" vorgelegt wird.
12. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 15. Juni 2018, mit dem der Antrag Nr. 52 - "Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lassen sich ihre Krankenversicherung nicht wegnehmen!" vorgelegt wird.
13. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 15. Juni 2018, mit dem der Antrag Nr. 41 - "Für eine zeitgemäße Anerkennung von Berufskrankheiten" vorgelegt wird.
14. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 15. Juni 2018, mit dem der Antrag Nr. 45 - "Für einen Kurswechsel in der Familienpolitik" vorgelegt wird.
15. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 15. Juni 2018, mit dem der Antrag Nr. 50 - "Sozialstaat erhalten!" vorgelegt wird.
16. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 21. Juni 2018, mit dem die Anträge Nr. 3 - "Die gute Konjunktur nutzen - Arbeitslosigkeit bekämpfen" und Nr. 7 - "Der Jugendvertrauensrat muss erhalten bleiben!" vorgelegt werden.
17. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich vom 18. Juni 2018, mit dem drei Resolutionen der 9. Vollversammlung vom 15. Mai 2018 vorgelegt werden.
18. Schreiben der Landwirtschaftskammer Salzburg vom 18. Juni 2018, mit dem ein dringlicher Antrag vom 1. Juni 2018 betreffend "EU-Agrarhaushalt 2021-2027" vorgelegt wird.
19. Schreiben des Bürgermeisters von Bruck an der Leitha vom 19. Juni 2018, mit dem eine Resolution betreffend "Beibehaltung der Jugendvertrauensräte" vorgelegt wird.
20. Schreiben des Bürgermeisters von Hinterstoder vom 20. Juni 2018, mit dem eine Resolution vom 29. Mai 2018 betreffend "Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen" vorgelegt wird.
21. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 25. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 13. Juni 2018 betreffend „Realisierung der Flugpolizei-Einsatzzentrale Wiener Neustadt“ vorgelegt wird.
22. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 22. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 21. Juni 2018 betreffend "Prävention von Extremismus und Radikalisierung" vorgelegt wird.

23. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 21. Juni 2018, mit dem die Anträge Nr. 48 - "Sicherheitspaket: Totale Videoüberwachung für alle?" und Nr. 51 - "Jedes Kind ist gleich viel wert!" vorgelegt werden.
24. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 19. Juni 2018, mit dem der Antrag Nr. 33 - "Kein Dieselfahrverbot in Salzburg" vorgelegt wird.
25. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 19. Juni 2018, mit dem der Antrag Nr. 49 - "Direktvergabemöglichkeit durch die Vergaberechtsnovelle nutzen" vorgelegt wird.
26. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 22. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 21. Juni 2018 betreffend "SOKO Brunnenmarkt" vorgelegt wird.
27. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 22. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 21. Juni 2018 betreffend "Regionalisierung und Öffnung der Zielgruppen bei Deutschkursen" vorgelegt wird.
28. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 22. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 21. Juni 2018 betreffend "Gewalt gegen Frauen im Kontext von Migration" vorgelegt wird.
29. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 22. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 21. Juni 2018 betreffend "Integration von Frauen mit einem Migrationshintergrund, Beseitigung von sprachlichen Barrieren bei PatientInnen mit einem Migrationshintergrund und Beseitigung von Barrieren bei der Berufsankennung für AsylwerberInnen" vorgelegt wird.